

A Beschluss zum Hauptthema des 5. Landesparteitages

A.1 Eckpunkte zur Energiestrategie der LINKEN Sachsen – für ein zukunftsfähiges Energieprogramm Sachsen 2020

Beschluss des 5. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen vom 13. November 2010

Beschlüsse:

1. Der Landesparteitag beschließt die »Eckpunkte zur Energiestrategie der LINKEN Sachsen – für ein zukunftsfähiges Sachsen 2020«.
 2. Die LINKE Sachsen wird aufbauend auf den Eckpunkten zur Energiestrategie im Zuge der Projektarbeit »Für ein sozial-ökologisches Sachsen« weitere ergänzende Konzepte erarbeiten, die unter anderem Fragen der Energieeffizienz, der Energiesuffizienz (Frage nach dem Rechten Maß bei Ressourceneinsatz und -verbrauch, des Umstiegs in der Mobilität und der energetischen Sanierung der Gebäude näher beleuchten.«
 3. Der 5. Landesparteitag fordert den Landesvorstand und die Strukturen des Landesverbandes der LINKEN Sachsen auf, im Zuge der Diskussion zum Projekt „sozial-ökologisches Sachsen“ in enger Zusammenarbeit mit dem Projekt „100.000 Arbeitsplätze“ auch konzeptionelle Vorschläge zur wirtschaftlichen Transformation in den Braunkohleregionen zu erarbeiten.
-

I. Sozial-ökologischer Umbau der Gesellschaft

Die Gesellschaft sozial-ökologisch umzubauen, ist ein zentrales programmatisches Reformprojekt der Partei DIE LINKE. Sachsen. Dieser Umbau betrifft nicht nur die energetische Basis der industriellen Produktion oder die Netzinfrastruktur. Er betrifft sämtliche Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, u. a. eine umweltgerechte Entwicklung von Mobilität, Tourismus, Land- und Forstwirtschaft, die Ressourcenwirtschaft, darüber hinaus die Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung, die Kommunikationsmöglichkeiten, die Wärmedämmung und Wärmeversorgung von Wohnungen und Gebäuden. Ohne Zugang zu Energie würde die Lebensweise in den entwickelten Industriestaaten nicht funktionieren. Die Energieversorgung auf atomar-fossiler Basis verbietet sich aus Gründen der Endlichkeit fossiler Ressourcen auch von Uran und des beschleunigten Klimawandels. Heutige politische Entscheidungen sollen so getroffen werden, dass die Lebensbedürfnisse und Perspektiven auch zukünftiger Generationen berücksichtigt werden. Deshalb ist die Transformation des bisherigen atomar-fossilen Energiesystems zu einer Energiewirtschaft auf Basis erneuerbarer Energien, kurz Energiewende genannt, die grundlegende und zentrale Frage beim sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft. Das Erreichen dieses Ziels setzt verstärkte Maßnahmen zum Energiesparen und Investitionen in Energieeffizienz in allen gesellschaftlichen Lebensbereichen voraus. Die vorliegenden Eckpunkte konzentrieren sich daher auf die entscheidende Fragestellung nach der Transformation des Energiesystems.

DIE LINKE. Sachsen, wird aufbauend auf den Eckpunkten zur Energiestrategie (Umbau Energiewirtschaft), eine Konzeption zur Energieeffizienz, Energiesuffizienz, für einen Umstieg in der Mobilität und bei der CO₂-Sanierung der Gebäude folgen lassen.

1. Umbau der Energieerzeugung und Versorgung als sozial-ökologische Herausforderung der Zukunft – der Energiepreis als Brotpreis im 21. Jahrhundert

Der bezahlbare Zugang zu einer sicheren, klimaverträglichen Strom- und Wärmeversorgung für alle Menschen in Gegenwart und Zukunft ist die elementare Voraussetzung für ein gutes Leben und für eine funktionierende Wirtschaft. Weltweit sind mehr als 1 Milliarde Menschen vom Zugang zur Energieversorgung ausgeschlossen. Aber auch in Deutschland können immer mehr Menschen ihre Heiz-

und Stromkosten nicht mehr bezahlen. Sie werden durch Abschaltungen vom Zugang zur Energieversorgung ausgeschlossen. Das ist nicht hinnehmbar.

Die weltweite Verknappung fossiler Energieträger wie Erdöl, Erdgas aber auch Uran wird die Kosten für Rohstoffpreise rasant ansteigen lassen, so dass die Energieversorgung als soziale Frage in den Mittelpunkt rückt.

Zugleich nehmen die Häufigkeit und die Intensität von wetterbedingten Naturkatastrophen weltweit und auch in Sachsen zu. Zu den regionalen Schwerpunkten gehören Ostdeutschland und Osteuropa. Extreme Wetterereignisse wie im Fall des Sommerhochwassers 2010 in der Lausitz und Sächsischen Schweiz treiben die volkswirtschaftlichen Schäden in die Höhe und übersteigen dauerhaft die Leistungsfähigkeit der Landes- und Kommunalhaushalte. Versicherungskonzerne ziehen sich vielfach aus der Regulierung von Elementarschäden zurück oder versichern gar nicht mehr. Deshalb sind die Ärmsten von solchen Katastrophen weltweit und auch bei uns am härtesten betroffen. Der Klimawandel mit seinen Folgen wird damit zu einer gravierenden sozialen Frage.

2. Leitbild für ein zukunftsfähiges Energieprogramm Sachsen – Historisches Zeitfenster für Zeitalter erneuerbarer Energien

Das für Sachsen immer noch gültige Energieprogramm aus dem Jahre 2004 wird weder den damals noch heute geltenden internationalen, EU-weiten noch bundesdeutschen Rahmenbedingungen gerecht. Der Versuch des sächsischen Wirtschaftsministers 2007, ein neues Energieprogramm zu beschließen, ist am Veto des damaligen Ministerpräsidenten der CDU gescheitert. DIE LINKE. Sachsen legt mit ihrer Energiestrategie 2020 für Sachsen **Eckpunkte für ein zukunftsfähiges Energieprogramm** vor. Der sich bereits vollziehende **Transformationsprozess in der Energiewirtschaft als Umbau des Energiesystems** macht um Sachsen keinen Bogen. Denn die Art und Weise der Energieerzeugung und Versorgung wie z.B. der Mix der Energieträger, die Strukturen in der Energiewirtschaft sowie die Versorgungsstrukturen beeinflussen die gesamte Wirtschafts- und Lebensweise.

Die Energiestrategie der LINKEN in Sachsen orientiert sich am Leitbild der Nachhaltigkeit. Sie ist **vorrangig dem Klimaschutz**, der Umweltverträglichkeit, der **sicheren** und einer **bezahlbaren** Energieversorgung verpflichtet. Der langfristige Umstieg zu einem auf Basis erneuerbarer Energien funktionierenden Energiesystem setzt allerdings große Anstrengungen zum **Energiesparen** und zur **Energieeffizienz** in allen Lebensbereichen voraus. Vor allem aber hat Politik die Aufgabe, die ordnungsrechtlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen langfristig für die Energiewirtschaft so zu setzen, dass dieser Umbau bis Mitte des Jahrhunderts gelingt.

Nach dem Sachverständigenrat für Umweltfragen bei der Bundesregierung ist es realistisch, die **Stromgewinnung zu 100%** auf erneuerbaren Energien bis **2050 umzustellen**. Dafür stehen aber schon heute wichtige Weichenstellungen und Investitionsentscheidungen für die nächsten 10 Jahre auf der Tagesordnung, die die Emissionssituation und die Strukturen in der Stromwirtschaft bis weit in dieses Jahrhundert bestimmen werden. Das **historische Zeitfenster bis 2020** soll nach dem Willen der LINKEN für Sachsen genutzt werden, politische Entscheidungen zugunsten eines **Entwicklungspfades** zu treffen, der auf den konsequenten Ausbau der erneuerbaren Energien mit einer entsprechenden nachhaltigen Netzinfrastruktur und Speicherkapazitäten sowie auf die konsequente Reduktion von CO₂ setzt. Nach Ansicht des Sachverständigenrates für Umweltfragen sind hohe Anteile von Grundlastkraftwerken aber mit dem Ausbau erneuerbarer Energien **auf Dauer nicht vereinbar**. Deshalb werden der beschleunigte Ausstieg aus der Atomenergie und der langfristige Ausstieg aus der Braunkohleverstromung mit ihren Grundlastkraftwerken zur notwendigen Voraussetzung für den Umbau der Energiewirtschaft. Eine Systementscheidung zugunsten eines **zukunftsfähigen, Energiesystems** ist deshalb heute geboten.

Wichtige politische Rahmenbedingungen für diesen Transformationsprozess sind die Gesetze zur Förderung der Strom- und Wärmeerzeugung aus erneuerbaren Energien (EEG und EWG), der Ausstieg aus der Atomenergie und Steinkohleverstromung, die Energieeinsparverordnung, zum Teil die Energiesteuer sowie der CO₂-Emissionshandel. Die Verlängerung der Restlaufzeiten von Atomkraftwerken lehnt DIE

LINKE deshalb ab, weil die nun zwischen den Atomkonzernen und der schwarz-gelben Bundesregierung vertraglich ausgehandelte durchschnittliche Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke um 12 Jahre das bestehende Oligopol in der Energiewirtschaft zementiert, die kommunalen Stadtwerke in ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit einschränkt sowie das Wachstum der erneuerbaren Energien im Energiemix behindert und nicht zu sinkenden Strompreisen führen wird.

II. Ziele linker Energiepolitik

1. Zukunftsfähige Energiepolitik ist Klimaschutzpolitik

Der **globale Klimawandel** mit regional sehr unterschiedlichen Wirkungen wird naturbedingt verursacht durch Sonnenaktivität, Windströmungen und Meeresströmungen, aber vor allem mit Beginn der Industrialisierung auf Basis von Kohle, Erdöl und Gas durch **Menschen** enorm **beschleunigt** mit existenziellen Folgen für das eigene Leben. Daher hat der Weltklimarat der Vereinten Nationen (UN) vorgeschlagen, die globale Erderwärmung auf **2°C im 21. Jahrhundert** gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter zu begrenzen. Um dieses Ziel tatsächlich zu erreichen, sollen sämtliche Industriestaaten ihre Treibhausgasemissionen **bis 2050 um 80%** im Vergleich **zum Basisjahr 1990** absenken. Deutschland hat sich gemeinsam mit der Europäischen Union auf dieses Ziel verbindlich geeinigt.

Die für Sachsen 2008 wissenschaftlich erstellte Klimaanalyse hält im Zeitraum von 1901 bis 2005 einen Anstieg der mittleren Jahrestemperatur in Sachsen um 0,63°C fest. Der deutlichste **Temperaturanstieg** über einen Zeitraum von 50 Jahren ist dabei **im Winter mit 1,4 °C bis 2,6°C** festzustellen. Auffallend ist eine markante **Niederschlagsabnahme** in **Nordsachsen mit 10 bis 30%**.

2. Sächsische Energiepolitik als eigenständiger Beitrag für Ziele der Europäischen Union (EU) und des Bundes

Die sächsische Energiepolitik muss die von der Europäischen Union und vom Bund festgelegten Zielvorgaben mindestens berücksichtigen und einen angemessenen **eigenständigen Beitrag** leisten. Das beschlossene Klimaschutz- und Energiepaket der Europäischen Union von 2009 nimmt alle Mitgliedsländer in die Pflicht und gibt verbindliche Ziele vor. Bis 2020 sollen 20% weniger CO₂ emittiert, der Energieverbrauch um 20% gesenkt und der Anteil erneuerbarer Energien am Energieverbrauch auf 20% im Vergleich zu 1990 gesteigert werden. **Deutschland** hat im Klimaschutzpaket I **bis 2020** folgende **Ziele** festgeschrieben: **18% Anteil erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch, 30% beim Stromanteil und 40% CO₂-Emissionsminderung.**

Ein Kabinettsbeschluss der Landesregierung vom 3.3.2009 zum Aktionsplan „Klima und Energie“ gibt folgende Ziele für Sachsen vor: Erneuerbare Energien sollen von einem heutigen Anteil von rund 14 % auf einen Anteil von 24 % am Bruttostromverbrauch bis 2020 ausgebaut und CO₂ bis dahin im Vergleich zum Basisjahr 1990 um 52 % reduziert werden. Sie sollen zugleich von regionalen Energie- und Klimaschutzkonzepten unteretzt werden.

Mit diesen Zielvorgaben weicht die Landesregierung einer Vergleichbarkeit mit bundesdeutschen Zielstellungen aus und bleibt beim Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch deutlich hinter den Vorgaben zurück. Das Reduktionsziel von 52 % liegt zwar anscheinend über den Bundeszielen. Bei genauerer Betrachtung ist das aber die Folge der Deindustrialisierung. Noch immer verharrt die sächsische Staatsregierung auf dem Standpunkt, bei der Reduktion von CO₂ seit 1990 das Gros mit der weitgehenden Deindustrialisierung und dem Neubau von Braunkohlekraftwerken bereits erbracht zu haben und nimmt den wieder wachsenden Anstieg der CO₂-Emissionen billigend in Kauf.

Das passive Verhalten der Staatsregierung zeigt sich ebenso in der Klimaschutzpolitik, die vorrangig auf **Anpassungsstrategien an den Klimawandel wie Hochwasserschutzmaßnahmen, Waldumbau und Trinkwasserversorgung** und weniger auf tatsächliche **CO₂-Reduktion** gerichtet ist.

3. Senkung der CO₂-Emission pro Kopf der Bevölkerung als politische Handlungsstrategie

Um das von Deutschland verbindliche Reduktionsziel von 40% des CO₂ bis 2020 zu erreichen, darf sich Sachsen nicht verweigern, sondern muss einen eigenständigen Beitrag leisten. Vergleicht man aber die jährlichen Treibhausgasemissionen pro Kopf in Sachsen mit dem **Bundesdurchschnitt** von **11,7 t** pro Einwohner, dann liegen wir **heute** schon mit **12,5 t** pro Einwohner deutlich darüber, ohne dass der im Bau befindliche neue Kraftwerksblock Boxberg schon in Betrieb wäre. **Bevölkerungsrückgang** in Sachsen und die **Inbetriebnahme des neuen Kraftwerksblockes** werden den Durchschnitt des CO₂-Ausstoßes pro Kopf in Sachsen weiter erhöhen statt abzusenken. DIE LINKE fordert daher die sächsische Staatsregierung auf, sich endlich die **Handlungsstrategie zur Reduktion und Annäherung** der Pro-Kopf-Emissionen auf deutlich niedrigerem Niveau zu Eigen zu machen und ein **Klimaschutzgesetz** für Sachsen vorzulegen.

Hauptursache für diese über dem Bundesdurchschnitt liegenden Pro-Kopf-Emissionen von CO₂ ist die mit **80% dominierende Strom- und Wärmeerzeugung aus Braunkohle** in Sachsen. Deshalb will DIE LINKE. Sachsen, dass die Braunkohleenergiewirtschaft von einer tatsächlichen Reduktionsstrategie nicht verschont bleibt.

Die sächsische Staatsregierung und Vattenfall wollen durch die Abscheidung und -verpressung von CO₂ (CCS) das Problem des Kohlendioxidausstoßes lösen. In einem Gutachten durch das Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie kommen die Experten jedoch zum Fazit, dass die in Sachsen vorkommenden geologischen Formationen für eine CO₂-Speicherung überwiegend nicht geeignet sind. DIE LINKE hält diesen **Entwicklungspfad für** einen Weg in die Sackgasse. Wir lehnen daher die Subventionierung der Entwicklung dieser CCS -Technologie **mit öffentlichen Steuergeldern** und deren **praktische Anwendung** aus Gründen der **Energieeffizienz** durch **Verschlechterung des Wirkungsgrades** der Kraftwerke um **10%** gegenüber herkömmlichen Braunkohlekraftwerken, aus Gründen von **Risiken bei der Lagerung** und damit auch aus **Kostengründen** und **Bezahlbarkeit** von Strom für Verbraucherinnen und Verbraucher ab. Zudem würde die Anwendung dieser Technologie weiterhin zentral in Großkraftwerken erfolgen, was den Umstieg in ein Energiesystem auf Basis erneuerbarer Energien bis 2050 als bundesweite Zielvorgabe konterkariert.

4. Geregelter langfristiger Ausstieg aus Braunkohleenergiewirtschaft - kein Neuaufschluss von Tagebauen

Für einen geregelten Ausstieg aus der Braunkohleverstromung stehen in den bisher aufgeschlossenen Tagebauen „Vereinigtes Schleenhain“ im Süden Leipzigs, mit dem Tagebau Reichwalde in der Oberlausitz und weiteren Tagebauen in Brandenburg und in Sachsen-Anhalt ausreichende **Mengen an Braunkohle zur Verfügung**. Den **Neuaufschluss der Vorranggebiete** für einen künftigen **Tagebau Nochten** in Sachsen hält DIE LINKE daher für **überflüssig**.

Die ausstehende Überarbeitung des **Landesentwicklungsplanes** und die betreffenden **Regionalpläne** sollen das berücksichtigen. Die weitere Umsiedlung von Einwohnerinnen und Einwohner im sorbischen Siedlungsgebiet sowie die weitere landschaftliche Zerstörung einer Kulturlandschaft lehnt DIE LINKE in Sachsen daher ab.

DIE LINKE. Sachsen fordert einen gesetzlich geregelten Ausstieg aus der Braunkohleverstromung bis spätestens 2040. Die Energieunternehmen sowie die Beschäftigten brauchen langfristig Klarheit über die politischen Rahmenbedingungen. DIE LINKE fordert daher zugleich einen Sozialplan für den Ausstieg.

5. Ehrgeizige Ziele für Ausbau erneuerbarer Energien und Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (KWK)

Im Jahr 2007 hatten die erneuerbaren Energien an der Bruttostromerzeugung in Sachsen nach dem Landesamt für Statistik einen Anteil von 7,6 %. Die größten Anteile hierzu trugen die Windkraft, die feste Biomasse, die Wasserkraft und Biogas bei. Für die Nutzung fossiler Energieträger wird als Brückentechnologie die Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) favorisiert. Sie weist einen wesentlich höheren

Wirkungsgrad als konventionelle Kraftwerke durch die gleichzeitige Erzeugung von Strom und Wärme auf. KWK-Anlagen trugen im Jahr 2007 mit 11,1 % zur Stromerzeugung bei.

Auf dem Weg zu einer 100%-igen Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien bis 2050 strebt DIE LINKE bis 2020 das realistische Ziel an, den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung auf 40 % zu erhöhen. Hierfür sind die gesetzlichen Regelungen im Landesentwicklungsplan zu verändern, die fehlende fachliche Kompetenz in den Regionalen Planungsverbänden und die restriktive Genehmigungspraxis der zuständigen Behörden beim anlagentechnischen Ausbau für Windkraft-, Solar-, Biomasse- und Geothermieanlagen in Sachsen zu überwinden. Das Ersetzen alter durch neue Windkraftanlagen (Repowering) birgt enormes Potenzial. DIE LINKE. Sachsen wirbt in der öffentlichen Meinungsbildung in der Bevölkerung für den notwendigen Transformationsprozess des bisherigen Energiesystems. Zugleich soll der Ausbau von kleineren Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen forciert werden, wofür Sachsen gute Voraussetzungen hat und zu den führenden Ländern Dänemark, Finnland und den Niederlanden aufschließen kann. Ein größerer Anteil erneuerbarer Energien an der Strom- und Wärmeerzeugung muss mit dem Ausbau flexibler Speicher verbunden sein.

6. Industrie der erneuerbaren Energien und Strukturwandel der Wirtschaft für zukunftsfähige Arbeitsplätze

Mit dem Umbau des Energiesystems hat sich bereits eine ganz **neue Industriebranche** im Bereich **erneuerbarer Energien in Sachsen** etabliert. Sie wird vor allem von Zulieferern und Dienstleistern geprägt. Rund die Hälfte der Unternehmen ist in der Teilbranche Biomasseenergie tätig. Als eine Ausnahme gilt dabei die Photovoltaikindustrie, die mit der gesamten Wertschöpfungskette – vom Rohstoff über die Fertigung von Photovoltaikanlagen (PV-Anlagen) bis zum Recycling – in Sachsen vertreten ist. Allein **19 Unternehmen** sind in der Herstellung von PV-Anlagen engagiert und **10 Unternehmen** als Zulieferer. In der Windanlagenproduktion gibt es leider keinen finalen Produzenten. Dafür sind **13 Unternehmen** Zulieferer für wichtige Baugruppen und Komponenten sowie **24 Dienstleister** tätig. In allen diesen Unternehmen wurde ein erstaunlicher Zuwachs an Arbeitsplätzen generiert. Allein in der Photovoltaikindustrie entstanden mit Datenerhebung 2008 insgesamt 4 230 Arbeitsplätze und im Bereich Biomasse 1 550 Arbeitsplätze. Insgesamt sind bis 2009 in der Branche der erneuerbaren Energien 8 990 Arbeitsplätze direkt entstanden, also weit mehr als die vorhandenen 2 500 Beschäftigten in der Braunkohleenergiewirtschaft Sachsen.

Der sozial-ökologische Umbau der Energiewirtschaft erfordert deshalb die Umschulung und Vermittlung der Beschäftigten in andere Arbeitsplätze. Dies ist vor allem Aufgabe der Unternehmen und staatlichen Institutionen.

7. Förderung Energietechnologien

Im Rahmen der sächsischen Energiepolitik muss ein Programm zur Energie-Forschung in Sachsen aufgelegt werden. Dies ist längst überfällig, damit Sachsen in diesem Hochtechnologiebereich nicht zurück fällt.

Forschungsschwerpunkte sollten in Sachsen in enger Verbindung mit einer schnellen praktischen Umsetzung sein:

- Kraft-Wärme-Kälte-Kopplung
- Werkstoffe für Leichtbau (nachwachsende Rohstoffe, Verbunde, Hochleistungskunststoffe) und Dämmstoffe im Bau
- Beschichtungsmaterialien und -technologien („Lotuseffekt“)
- Wasserstofftechnologie, effiziente Antriebe (Hybrid-, Wasserstoff-, -) und verbesserte Kraftstoffe
- intelligente Verkehrskonzepte
- OLEDs für Beleuchtung, Displays, organische Photovoltaik“
- Biotechnologie („Zelle als Schaltkreis“)
- Mikrowellentechnologien

- Nanotechnologie
- Ressourceneffizienz

Darüber hinaus muss in der Aus-, Fort- und Weiterbildung die Motivationen und Fähigkeiten vermitteln werden, neue energieeffiziente Technologien, Produkte und Dienstleistungen zu schaffen, um sie dann auch anwenden und nutzen zu können. Deshalb sollte das Forschungsprogramm mit einem Programm zur Aus-, Fort- und Weiterbildung verbunden werden, damit eine Innovations- und Bildungs-Offensive im Freistaat Sachsen zur Gestaltung einer Energieeffizienz-Kultur eingeleitet wird.

8. Transformation zentraler Energieerzeugung und -versorgung in dezentrale Strukturen und Übertragungsnetze in öffentliche Hand

DIE LINKE. Sachsen verfolgt mit dem Ausbau **dezentraler Erzeugungs- und Versorgungsstrukturen** zugleich die **Entflechtung der Monopolstrukturen** als Voraussetzung für den langfristigen Umbau des Energiesystems. In diesem Transformationsprozess sollen **kommunale Energieunternehmen in öffentlicher Hand** und **Kraftwerksbetreiber von einzelnen Bürgern, von Bürgergemeinschaften und Genossenschaften** eine strategische Funktion übernehmen. **Lokale und regionale** Energieversorgungsstrukturen sollen besonders gefördert werden. Im Annaberger Land und Osterzgebirge/Sächsische Schweiz werden bereits zwei regionale Energiekonzepte umgesetzt.

Für den Umbau der Stromwirtschaft ist das **Netz** das Nadelöhr. Daher muss der Umbau des Energiesystems von Investitionen in eine **nachhaltige Netzinfrastruktur**, in ein **intelligentes Netzmanagement** und in den Ausbau von **Speicherkapazitäten** begleitet sein. Hierzu gehören die Übertragungsnetze in öffentlich-rechtliche Hand, um allen Anbietern einen **diskriminierungsfreien Zugang zu den Netzen** zu garantieren.

9. Die Funktion der Kommunen beim Klimaschutz und beim Umbau des Energiesystems

Die **Kommunen** sind wichtige **Akteure** beim Klimaschutz, in der Energieerzeugung und -versorgung, beim Energieverbrauch und bei der Verbesserung der Energieeffizienz. Die kommunalen Stadtwerke haben im Vertrauen auf den gesetzlich geregelten Ausstieg aus der Atomenergie in den letzten Jahren Milliarden in den Ausbau von hocheffizienten Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen auf Erdgasbasis investiert, um die Grundlastversorgung mit diesen flexiblen kleineren Kraftwerken zu garantieren. Deshalb ist der beschleunigte Ausstieg aus der Atomenergie für deren Geschäftstätigkeit notwendig.

Die kommunalen Energieunternehmen in Städten und Gemeinden haben die Aufgabe, die Kommunen zur Einsparung von Energie in Gebäuden und Einrichtungen, bei der Beschaffung von Material und bei der Gestaltung von Satzungsrechten sowie die Bürgerinnen und Bürgern zu beraten. Im Rahmen des „**Aktionsplanes Klima und Energie des Freistaates Sachsen**“ können die Kommunen in dieser Angelegenheit von der **Sächsischen Energieagentur (SAENA)** Dienstleistungen abrufen und Investitionen in Klimaschutz und Energieeffizienz von der Sächsischen Aufbaubank im Rahmen eines speziellen **Förderprogramms** gefördert werden.

Vertreterinnen und Vertreter der LINKEN in Stadt- und Gemeinderäten sowie Kreistagen ergreifen **politische Initiativen, um Klimaschutz und Energieeffizienzkonzepte vor Ort** voran zu bringen. Hierfür sind die Einführung des Qualitätsmanagementsystems und Zertifizierungsinstrumentes – der European Energy Award geeignet. In Sachsen wurden bereits 9 Städte und Gemeinden damit ausgezeichnet, 25 weitere Kommunen sind im Verfahren. Darunter die Großstädte Leipzig und Chemnitz.

Die sich in kommunaler Hand befindenden **Stadtwerke** sollen beim langfristigen **Umbau des Energiesystems eine tragende Rolle** übernehmen. Indem sie selbst in erneuerbare Energien investieren, verstärkt Energie aus erneuerbaren Energien einkaufen, Kooperationen mit anderen Kommunen eingehen und lokale bzw. regionale Energieversorgungs-konzepte verfolgen.

10. Mittelfristige Kostensenkung für Energiegewinnung und -versorgung auf Basis erneuerbarer Energien

Die Unternehmen in der Braunkohleenergiewirtschaft unterliegen dem CO₂-Emissionshandel. Ab 2013 müssen die Energieunternehmen die CO₂-Verschmutzungsrechte zu 100% ersteigern, was enorme zusätzliche Kosten in der Braunkohleenergiewirtschaft verursacht. Nach Berechnungen verschiedener Institute werden auch die Kosten für Investitionen in den Umbau des Energiesystems bis 2020 ansteigen. Dadurch werden aber zugleich Klimafolgekosten oder Kosten für eine teure ineffiziente CCS – Technologie, sowie Folgekosten für von Tagebauen zerstörte Landschaften und Kosten für die Endlagerung von CO₂ unter der Erde in Milliardenhöhe für die Allgemeinheit volkswirtschaftlich eingespart.

Experten gehen davon aus, dass ab 2020 die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien preiswerter als sämtlicher Strom aus herkömmlichen fossilen Energieträgern sein wird.

11. Bezahlbare und sichere Versorgung mit Energie für alle Menschen

Das Verbrauchsverhalten von Menschen orientiert sich sowohl am Angebot, vor allem aber am Strom- und Gaspreis. Nicht aber die erneuerbaren Energien sind die Preistreiber für Strom wie manche Lobbyisten der atomar-fossilen Energiewirtschaft und Medien der Bevölkerung vortäuschen. Die Einspeisevergütungen für erneuerbare Energien werden heute nur zu einem geringen Teil nach einem Ausgleichsmechanismus mit rund 2 Cent pro kWh auf die Verbraucherpreise mit degressiver Tendenz umgelegt.

Hauptsächliche **Preistreiber** für Strom sind nach Auffassung der Monopolkommission und des Kartellamtes bei der Bundesregierung die **Marktmacht der vier großen Energiekonzerne** wie E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall sowie **Spekulationen** an der **Energiebörse** Leipzig.

Deshalb fordert DIE LINKE für einen unbefristeten Übergangsprozess Maßnahmen zur Stabilisierung und Kontrolle der Energiepreise:

- die kartellrechtliche **Entflechtung dieser Konzerne** von ihren regionalen und städtischen Beteiligungen,
- den Zwang zum Verkauf von Kraftwerkskapazitäten,
- die Schaffung einer **öffentlich-rechtlichen Netzgesellschaft** zwischen Bund, Länder und Kommunen, - die Verschärfung der **Transparenz und Aufsichtskontrolle** an der Leipziger **Energiebörse**,
- die sofortige **Wiedereinführung der staatlichen Preisgenehmigungspflicht** für Energie zur Versorgung der privaten Verbraucherinnen und Verbraucher und
- die Einführung eines **Sozialtarifs** für einkommensschwache Bürgerinnen und Bürger.

Der Sozialtarif soll mit einem Bonus von 500 Euro pro Jahr und Haushalt ausgestattet sein und der darüber liegende Verbrauch muss bezahlt werden, um einen Anreiz zum Energiesparen zu signalisieren.

DIE LINKE. Sachsen fordert:

- 40 % Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien bis 2020
- 100 % Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien bis 2050
- Ausstieg aus der Braunkohleverstromung bis spätestens 2040
- Kein Neuaufschluss, keine Erweiterung von Braunkohletagebauen
- Ablehnung der CCS-Technologie
- Ausbau der Netzinfrastruktur
- Entflechtung des Energiemonopols

- Übergabe der Netze in öffentliche Hand
- Keine Stromabschaltung aus sozialen Gründen – sozialverträgliche Strompreise
- Im Rahmen des Strukturwandels Umschulung und Schaffung anderer Arbeitsplätze für die Beschäftigten der konventionellen Energiewirtschaft

Entscheidung des Parteitages

Angenommen: X

Bei wenigen Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen mit übergroßer Mehrheit beschlossen.

f.d.R.

Schkeuditz, 13. November 2010

Tagungspräsidium:

Rico Gebhardt

Antrags- und Redaktionskommission:

Stefanie Götze

Thomas Kind
